

Text: Dr. Carsten Wieland
 Kontakt: KAS-Auslandsbüro Kolumbien
 Auslandsmitarbeiter: Dr. Carsten Wieland
 carsten.wieland@kas.org.co

2.10. MAZEDONIEN

Ausgangsbedingungen

Die Republik Mazedonien ist eine parlamentarische Demokratie mit einem seit der Unabhängigkeit 1991 noch in der Entwicklung befindlichen Mehrparteiensystem. Aus dem ehemaligen Jugoslawien hervorgegangen, orientiert sich das Land mit seinen rund zwei Millionen Einwohnern spätestens seit der Beilegung des interethnischen Konflikts zwischen Mazedoniern und ethnischen Albanern (rund 25 Prozent der Bevölkerung) 2001 stark nach Europa. Allerdings bestehen trotz jährlichen Wirtschaftswachstums von durchschnittlich vier Prozent strukturelle Schwächen fort: Die Arbeitslosenquote liegt hartnäckig bei über 30 Prozent, das ehemals überwiegend agrarwirtschaftlich geprägte Land hat es noch nicht geschafft, trotz finanzieller Anreize wie einer „Flat Tax“ und Steuerbefreiung, Investitionen in größerem Umfang anzu ziehen.

Seit der Verabschiedung eines nationalen Gesetzes zur Gleichberechtigung 2006 unter der neu gewählten Regierung hat sich die Situation der Frauen in Mazedonien deutlich verbessert. Noch während des Wahlkampfes verpflichtete sich jede an den Parlamentswahlen teilnehmende Partei dazu, 30 Prozent der Parteilisten mit Frauen zu besetzen. Dies hatte zum Ergebnis, dass das neue Parlament eine der höchsten Frauenquoten auf dem Balkan hat: knapp 30 Prozent. Frauen sind ebenfalls stark in der Regierung vertreten: Sie stellen die stellvertretende Premierministerin (verantwortlich für Europafragen) sowie die Ministerin für Verteidigung und für Wirtschaft. Im Parlament gibt es eine Vereinigung zur Förderung der Interessen weiblicher Abgeordneter. Darüber hinaus wurden als Folge des Gleichberechtigungsgesetzes kürzlich „Gleichberechtigungskomitees“ auf lokaler Ebene geschaffen.

Dennoch: Insbesondere in ländlichen Gebieten werden Frauen diskriminiert – sowohl in wirtschaftlicher als auch in sozialer Hinsicht. Insbesondere bei Fragen des gesellschaftlichen Aufstiegs verfügen sie noch nicht über die gleichen Chancen wie Männer.

Projektbeispiel

Mit Hinblick auf die Verabschiedung des Gleichberechtigungsgesetzes war einer der Tätigkeitsschwerpunkte der KAS in Mazedonien im Jahr 2006 die Unterstützung der Stellung der Frau. Zusammen mit dem nationalen „Ministerium für Arbeit und Sozialpolitik“ wurden drei Workshops zu den wichtigsten Fragen der Implementierung des Gesetzes in verschiedenen Teilen des Landes durchgeführt. An den Workshops nahmen hochrangige Vertreter aus dem Sozial- und Arbeitsministerium teil sowie Lokalpolitiker und -politikerinnen und Vertreter der jeweiligen Ortsadministration. Anhand von Fallbeispielen und Rollenspielen sollten die Teilnehmer über Inhalt und Umsetzung des Gesetzes informiert und als Multiplikatoren genutzt werden, um das Bewusstsein der Frauen über ihre Rechte zu stärken. Daneben wurde die Notwendigkeit erkannt, auf lokaler Ebene die Verwaltungsleiter, -leiterinnen und -angestellten für Genderfragen zu sensibilisieren und die Gleichberechtigungskomitees zu stärken.

Im selben Jahr führte die KAS Skopje ein Seminar für Politikerinnen durch, bei dem Präsentationsfähigkeiten und öffentliches Sprechen trainiert wurden. Das Seminar wurde interaktiv durchgeführt: Von professionellen Trainern wurden die wichtigsten Aspekte des öffentlichen Auftretens geübt – von Körpersprache bis hin zu professionell erarbeiteten Präsentationen. Vier der Teilnehmerinnen und Vertreterinnen der konservativen Partei VMRO-DPME („Innere Makedonische Revolutionäre Organisation – Demokratische Partei der nationalen Einheit Makedoniens“) erlangten bei den darauf folgenden Wahlen Sitze im nationalen Parlament.

Bereits 2005 wurde in Zusammenarbeit mit der „Union der Frauenverbände Mazedoniens“ ein *Train the trainer*-Workshop zu Genderfragen durchgeführt, bei dem die Vorsitzenden der politischen Frauenverbände, Regierungsvertreter und diverse Diplomaten auftraten. Im Fokus dieser Veranstaltung standen Themen wie „Frauen und Politik“, sowie „Frauen und der neue Wahlkodex“, wobei die Diskussion einerseits dem Erfahrungsaustausch aus der Praxis verschiedener westeuropäischer Länder und der Länder des Balkans diente, andererseits konkrete Möglichkeiten der stärkeren Partizipation von Frauen am demokratischen Prozess und öffentlichen Leben in Mazedonien beleuchtete.

Entwicklungspolitischer Kontext

Mit dem Gleichstellungsgesetz hat die konservative Regierungskoalition seit 2006 eine spürbare Verbesserung

rung der Stellung der Frau auf politischer Ebene erreicht. Die Ausweitung ihres neu gewonnenen Einflusses auf andere wichtige gesellschaftliche Bereiche erweist sich jedoch als komplex und langwierig. In der Gesellschaft entwickelt sich nur zögerlich das Bewusstsein zu ihrer Gleichberechtigung. Diskriminierungsfälle geraten jedoch selten an die Öffentlichkeit. Deshalb existieren seit 2006 sechs staatlich unterstützte Krisenzentren für Frauen und ein Verein, der ein nationales SOS-Hilfstelefon gegen Frauengewalt betreibt.

Aus diesem Grund plant das Auslandsbüro Skopje für 2008 mit den Regierungspartnern und Vertretern der Frauenverbände eine Veranstaltung zur Rolle der Frauen in Politik und Wirtschaft, nachdem 2007 keine gezielten Projekte zur Stellung der Frauen durchgeführt wurden.

Text: Henri G. Bohnet

Kontakt: KAS-Auslandsbüro Mazedonien

Auslandsmitarbeiter: Henri G. Bohnet

kas@kas.com.mk

2.11. MONTENEGRO

Ausgangsbedingungen

Montenegro gehört zu den Balkanstaaten, die nach dem Zerfall des ehemaligen Jugoslawien Anfang der 1990er Jahre entstanden sind. Allerdings konnte es erst im Jahr 2006 seine Unabhängigkeit erreichen, nachdem sich die Bevölkerung im Rahmen eines Referendums für die Loslösung von Serbien aus dem damaligen Bundesstaat Serbien und Montenegro entschieden hatte. Es wurde sehr schnell weltweit anerkannt und in zahlreiche internationale Organisationen (Vereinte Nationen und ihre Sonderorganisationen, OSZE und Europarat) aufgenommen. Als nächste Schritte strebt Montenegro eine Aufnahme in die WTO, die NATO und in die EU an.

Montenegro ist mit 13.812 km² Landesfläche ein kleines Land. 620.000 Einwohner und 21 Gemeinden zählt der Adriastaat. In der Hauptstadt Podgorica wohnen etwa 170.000 Einwohner. Montenegro ist ein multiethnisches Land, welches nach der im Jahr 2003 durchgeführten Volkszählung 43 Prozent Montenegriner, 32 Prozent Serben, 13 Prozent Bosniaken bzw. „ethnische Muslime“, sieben Prozent Albaner, ein Prozent Kroaten und ca. drei Prozent Roma bewohnen. Im Land sind ca. 75 Prozent der Einwohner serbisch-orthodox, 3,5 Prozent römisch-katholisch, 15 Prozent muslimisch und die anderen meist konfessionslos.

Mit der Verabschiedung der neuen Verfassung im Oktober 2007 wurde Montenegro zu einer Republik, die bürgerliche, demokratische, rechtsstaatliche und soziale Werte pflegt. Hauptaufgaben der Politik sind danach der weitere Aufbau und die Stabilisierung der noch schwachen und ungenügend in der Gesellschaft verwurzelten legislativen und administrativen Strukturen.

Die allgemeinen politischen Umstände auf dem Balkan Ende des vergangenen Jahrhunderts sind Ursache dafür, dass sich Montenegro sowohl im rechtsstaatlichen als auch im wirtschaftlichen Bereich immer noch in einer Transitionsphase befindet. Allerdings erlebt das wirtschaftliche Wachstum in Montenegro in den letzten Jahren einen bemerkenswerten Aufschwung. Der Tourismus, der in den letzten Jahren deutliche Erfolge zu verzeichnen hat, ist dabei der Schwerpunkt der derzeitigen Wirtschaftsentwicklung. Problematisch sind dagegen die Modernisierung der früheren staatlichen Großunternehmen im Bereich der Metallindustrie, Werften, Holzverarbeitung, Bergbau und der Energiewirtschaft.

Das Durchschnittseinkommen der Bevölkerung und die Kaufkraft sind weiterhin gering. Das Gefälle zwischen Arm und Reich ist in Montenegro immer noch groß. Gehälter und Löhne betragen im Durchschnitt 300 Euro/Monat. Inzwischen steigen vor allem die Gehälter in der privaten Wirtschaft. Etwa zwölf Prozent der Bevölkerung in Montenegro leben an der Armutsgrenze. Nach letzten offiziellen Angaben beträgt die Arbeitslosenquote um die zwölf Prozent, wobei 45 Prozent davon Frauen sind.

Die montenegrinische Gesellschaft ist sehr traditionell. Führungsverantwortung, vor allem in der Politik und in der Wirtschaft, liegen in Männerhand. Frauen übernehmen demgegenüber die häuslichen Verpflichtungen und die Kindererziehung. Allerdings ist die Erwerbstätigkeit der Frauen noch aus der sozialistischen Zeit eine Selbstverständlichkeit. Daher röhrt auch noch ein relativ gut funktionierendes Kinderbetreuungssystem.

Projektbeispiel

Seit vielen Jahren engagiert sich die Konrad-Adenauer-Stiftung in Montenegro für die Weiterentwicklung der politischen Kenntnisse und Fertigkeiten von Frauen. Ziel ist es dabei, die politische Teilhabe von Frauen in einem Land, das bis heute stark patriarchalisch geprägt ist, zu verstärken. Hierfür wird mit einem lokalen Partner, dem montenegrinischen Büro für Gleichstellungsfragen, und einem ausländischen Partner, der „Eduardo Frei Stiftung“, zusammengearbeitet.